

NICHTBEFOLGEN DER KONTROLLVORSCHRIFTEN ODER WEISUNGEN DER ZUSTÄNDIGEN AMTSSTELLE

Art. 30 Abs. 1 lit. d AVIG

D34 Eine versicherte Person, welche die Kontrollvorschriften oder die Weisungen der zuständigen Amtsstelle nicht befolgt, namentlich eine (amtlich zugewiesene oder nicht zugewiesene) zumutbare Arbeit nicht annimmt oder eine AMM ohne entschuldbaren Grund nicht antritt, abbricht oder deren Durchführung oder Zweck durch ihr Verhalten beeinträchtigt oder verunmöglicht, ist in der Anspruchsberechtigung einzustellen.

⇒ Rechtsprechung

- EVG i.S. M. v. 3.8.2005, C 133/05 (Vereitelung einer möglichen Anstellung)
- EVG i.S. W. v. 13.4.2005, C 4/05 (Eine einer Einstellung vorangehende Mahnung in der Arbeitslosenversicherung ist nicht vorgesehen);
- EVG i.S. R. v. 8.1.2007, C 30/06 (Ablehnung einer nicht amtlich zugewiesenen Stelle);
- EVG i.S. Z. v. 25.6.2004, C 43/04 (Fernbleiben an Kurs; Kinderbetreuung)
- EVG i.S. J. v. 9.11.2000, C 251/00 (In Aussicht stehende Stelle entbindet nicht von Arbeitsbemühungen; Stelle muss mindestens zugesichert sein).

D35 Unentschuldigte Absenzen während einer AMM haben im Gegensatz zum Nichtantritt oder Abbruch nicht eine Einstellung in der Anspruchsberechtigung zur Folge, sondern führen dazu, dass für die Dauer der Absenzen keine Taggelder entrichtet werden.

Stellt sich heraus, dass es sich bei einer vermeintlichen Absenz von einer AMM um einen Abbruch ohne entschuldbaren Grund gehandelt hat, sind die nicht entschädigten Tage mit den verfügbaren Einstelltagen zu verrechnen.

⇒ Beispiel

Ein Versicherter ist während 4 Tagen einer AMM ferngeblieben. Da die Kasse davon ausgegangen ist, dass er die AMM fortsetzen wird, hat sie für die 4-tägige Absenz keine Taggelder entrichtet. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass der Versicherte die Teilnahme an der AMM nicht mehr aufnahm, weshalb die KAST wegen Abbruch einer AMM eine Einstellung in der Anspruchsberechtigung von 6 Tagen verfügte. Der Versicherte hat per saldo noch 2 Einstellungstage zu tilgen.

D36 Die versicherte Person kann rechtsprechungsgemäss gegen die Zuweisung einer zumutbaren Arbeit oder AMM mangels schutzwürdigem Interesse keine Einsprache führen. Da für die Prüfung der Rechtmässigkeit einer Zuweisung kein Rechtsmittel möglich ist, hat diese nicht in Form einer Verfügung sondern mit einfachem Schreiben zu erfolgen. Allfällige Einsprachen gegen solche Zuweisungen hat die zuständige Amtsstelle verfügungsweise mit einem Nichteintretensentscheid zu erledigen.

Erst wenn bei Missachtung einer Zuweisung eine Einstellung verfügt werden muss, kann die versicherte Person gegen diese Rechtsmittel ergreifen (vgl. B304).